

Stadt Waren (Müritz)  
Präsident der Stadtvertretung  
Zum Amtsbrink 1  
17192 Waren (Müritz)



30. November 2025

## Dringlichkeitsvorlage

### Zivilgesellschaftliches Engagement stärken – Partnerschaft für Demokratie 2026 fortführen und sichern

Die Stadtvertretung Waren (Müritz) beschließt:

1. Die externe Koordinierungs- und Fachstelle des Projekts „Demokratie leben!“ für das Förderjahr 2026 wird für die Dauer von einem Jahr erneut an den bisherigen freien Träger Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands gemeinnütziger e. V. (CJD) übertragen. Sollte das CJD nicht mehr zur Verfügung stehen, werden andere geeignete Träger (wie z.B. raa Mecklenburg-Vorpommern, Europäische Akademie o.ä.) beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich alle erforderlichen Schritte einzuleiten, um dem Träger die Antragstellung und Durchführung als Koordinierungs- und Fachstelle im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie zu ermöglichen.
3. Die förderfähige Stelle des federführenden Amtes in der Stadtverwaltung, welche die ordnungsgemäße Abrechnung der Fördermittel sicherstellt und die zentrale Anlaufstelle für die externe Koordinierungs- und Fachstelle ist wird erhalten.
4. (Die Verwaltung wird beauftragt bis 30.6.2026 eine Ausschreibung der externen Koordinierungs- und Fachstelle zu erstellen, die für die Jahre 2027 ff der laufenden Förderperiode gilt.)

## Sachverhalt

### 1. Wegfall der Förderfähigkeit einer städtischen Koordinierungs- und Fachstelle

Aus der rechtlichen Würdigung der Verwaltung vom 28.11.2025 (Juristische Würdigung zur Beschlussvorlage 2025-0220 - Fortführung Projekt "Demokratie leben") ergibt sich eindeutig, dass eine Koordinierungs- und Fachstelle in Eigenregie der Stadtverwaltung – entgegen der Annahme – nicht förderfähig ist. In Eigenregie ausgeführt, würde die Stelle zu einer

Seite 1 von 3



unnötigen höheren Belastung für die Gemeindekasse führen. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ schließt eine Förderung für eine intern angesiedelte Stelle grundsätzlich aus. Damit ist die Grundlage für den Beschluss vom 25.09.2025 entfallen. Ebenso ist die Grundlage für den Arbeitsauftrag des Bürgermeisters, zur Einrichtung einer internen Koordinierungs- und Fachstelle entfallen.

## **2. Sicherstellen der Fördermittel und Absicherung der Arbeit der gemeinnützigen Vereine**

Ohne die umgehende Benennung eines externen Trägers entfällt die Möglichkeit, die Fördermittel für das Jahr 2026 fristgerecht zu beantragen.

Dies gefährdet zahlreiche Projekte lokaler Vereine im Bereich Demokratieförderung, Jugendbeteiligung und Präventionsarbeit. Ein Wegfall der Fördermittel hätte unmittelbare negative Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft, da zentrale Projekte nicht fortgeführt oder sogar vollständig eingestellt werden müssten.

Das vielfältige gesellschaftliche Leben in den Warener Vereinen muss erhalten und gestärkt werden. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ steht dafür, Demokratie und Teilhabe zu stärken, ein respektvolles, vielfältiges Zusammenleben zu fördern und jeder Form von Menschen- und Demokratiefeindlichkeit vorzubeugen.

## **3. CJD als bereits etablierter und bewährter Träger**

Das CJD hat das Projekt Partnerschaft für Demokratie Waren bislang erfolgreich durchgeführt und erfüllt die Anforderungen der Förderrichtlinie vollständig.

Eine erneute, auf ein Jahr befristete Beauftragung gewährleistet:

- den lückenlosen Übergang und Weiterführung,
- die Sicherung der Fördermittel,
- die Kontinuität und Verlässlichkeit der laufenden Projekte.

## **Dringlichkeit**

Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem Wegfall der Förderfähigkeit einer internen Koordinierungs- und Fachstelle in der Stadtverwaltung sowie aus der Notwendigkeit, die Fördermittel für 2026 fristgerecht zu sichern. Ohne eine umgehende Entscheidung droht der Stadt, ein erheblicher finanzieller Schaden durch den Wegfall von Fördermitteln und damit verbundener Angebote. Die Stadt umfasst neben der Stadtverwaltung, Stadtvertretung und Wirtschaft auch die Zivilgesellschaft.

Seite 2 von 3



Das Zeitfenster zur Antragstellung beim Bundesprogramm ist äußerst eng. Der Wegfall der Förderfähigkeit einer Eigenregie sowie der notwendige kurzfristige Wechsel des Trägers machen eine sofortige Entscheidung zwingend erforderlich.

Martin Brümmer

Fraktionsvorsitzender